



# Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen

Bremen, 21. März 2006

## P R E S S E M I T T E I L U N G

### Rechnungshof zur Sanierung: Schulden weiter angestiegen

Insgesamt hat sich auch im letzten Jahr des Sanierungszeitraums, im Jahr 2004, keine Besserung der schwierigen Haushaltslage gezeigt. „Die Zins-Steuer-Quote verharrt weiterhin auf einem Niveau, das einen extremen Haushaltsnotstand kennzeichnet. Der Schuldenstand ist mit einem Rekordzuwachs auf eine neue Höchstmarke gestiegen. Auch bei den Hauptparametern Bruttoinlandsprodukt, Einwohner und Erwerbstätige hat Bremen im Vergleich zum Durchschnitt der alten Länder nicht gleichgezogen,“ fasst Lothar Spielhoff, Präsident des Rechnungshofs, die aktuellen Daten zusammen.

Die Parameter zur Wirtschaftskraft Bremens haben sich 2004 im Vergleich zum Durchschnitt der alten Länder wie folgt entwickelt:

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist um rund 1,9 Prozent gestiegen, während es sich in den alten Bundesländern um rund 2,4 Prozent erhöht hat. Für 2005 ergibt sich für Bremen nach einer vorläufigen Berechnung eine Steigerung von rund 1,3 Prozent gegenüber einer Erhöhung des BIP der alten Bundesländer von rund 1,4 Prozent.
- Bremen konnte gegenüber 2003 im Saldo einen geringfügigen Einwohnerzuwachs von 0,01 Prozent verzeichnen, während die Einwohnerzahl der alten Bundesländer um rund 0,09 Prozent stieg.
- Im letzten Jahr des Sanierungszeitraums hat die Zahl der Erwerbstätigen Bremens um rund 0,3 Prozent abgenommen, während sie sich in allen anderen alten Bundesländern erhöht hat und im Durchschnitt um rund 0,4 Prozent gewachsen ist.

Der Schuldenstand des Landes und seiner beiden Städte hat sich seit 2000, dem ersten Jahr mit abnehmenden Sanierungszahlungen, jährlich um durchschnittlich rund 702 Millionen Euro erhöht. Ende 2005 betrug er rund 13,4 Milliarden Euro, die Nettoneuverschul-

ung hat im letzten Jahr mit rund 1,1 Milliarden Euro den bislang höchsten jährlichen Zuwachs erreicht.

Die vom Bundesverfassungsgericht als Schlüsselquote bezeichnete Zins-Steuer-Quote beträgt für 2005 rund 21,3 Prozent. Sie liegt damit auch ein Jahr nach der gesamten Sanierungszeit mit 7,6 Prozentpunkten noch erheblich über der ursprünglichen Zielgröße von 13,7 Prozent. Das ist die Zins-Steuer-Quote des Landes Schleswig-Holstein aus dem Jahr 1990. Trotz der seit 2000 stark angestiegenen Verschuldung ist die Bremer Quote seit 1999 relativ konstant - dank des niedrigen Zinsniveaus.

„Ohne erhebliche Einnahmeverbesserungen und weitere Ausgabeeinschnitte ist ein verfassungskonformer Haushalt nicht zu erreichen. Schon ein ausgeglichener Primärhaushalt im Jahr 2009 erfordert erhebliche finanzielle Anstrengungen in Höhe von rund 560 Millionen Euro“, so Spielhoff.

#### Eigenanstrengungen konkretisieren und realisieren

Angesichts der dramatischen Situation muss sich Bremen aus Sicht des Rechnungshofs weiter entschieden anstrengen: Dazu gehört unter anderem, Aufgaben ständig kritisch zu überprüfen. Außerdem müssen für notwendig erachtete Investitionen in ein angemessenes Verhältnis zum Verschuldungsgrad sowie zum Zinsaufwand gebracht werden. Sie müssen einer realistischen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung Stand halten.

„Neben den eigenen Anstrengungen ist es für Bremen überlebenswichtig, im neuen Anlauf zur Föderalismusreform eine Finanzierung zu erreichen, die spürbare Einnahmeverbesserungen bringt“, so der Präsident abschließend.